Stand: 27.04.2024 03:01:01

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/10404

"Gemeinsames Vorgehen gegen Rechtsextremismus"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/10404 vom 23.11.2011
2. Plenarprotokoll Nr. 88 vom 24.11.2011
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/11115 des KI vom 26.01.2012
4. Beschluss des Plenums 16/11383 vom 14.02.2012
5. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 14.02.2012

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**10404**
23.11.2011

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Reinhold Perlak, Harald Schneider, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Gemeinsames Vorgehen gegen Rechtsextremismus

Der Landtag wolle beschließen:

I.

Der Landtag ist beschämt und entsetzt darüber, wie in unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat mit all seinen Sicherheitsbehörden rechtsextremistische Morde und Gewaltverbrechen über Jahre hinweg ungehindert begangen werden konnten.

Der Landtag spricht den Hinterbliebenen der Opfer sein tief empfundenes Mitgefühl aus. Er bedauert es zutiefst, dass im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Eindruck entstanden ist, dass die Opfer selbst in unrechtmäßiges Handeln verstrickt gewesen sein sollen.

Der Landtag erwartet, dass die Ermittlungen zur restlosen Aufklärung der ruchlosen Taten mit großem Nachdruck vorangetrieben werden. Der Landtag erwartet, dass die Ermittlungen nicht nur zur zweifelsfreien Überführung der Täter, ihrer Helfer und eventueller Hintermänner führen. Er erwartet auch, dass mögliche Schwachstellen und Fehlentwicklungen in der Arbeit von Ermittlungs- und Verfassungsschutzbehörden identifiziert werden. Die bei den Ermittlungen gewonnenen Erkenntnisse über rechtsextremistische Netzwerke, Strukturen und Aktionsfelder müssen genutzt werden, um rechtsextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten wirkungsvoller verhindern und Rechtsextremismus wirkungsvoller bekämpfen zu können. Der Landtag fordert, dass die Sicherheitsbehörden ihre Methodik und ihr Vorgehen gegen rechtsextremistische Strukturen und Gewalttaten verbessern. Dazu ist eine umfassende Fehleranalyse unverzichtbar. Aus diesen Fehlern müssen die richtigen Schlüsse gezogen und umgesetzt werden.

Die Taten der rechtsextremistischen Terrorzelle aus Thüringen offenbaren erneut die schreckliche Dimension rechtsextremistisch motivierter Gewalt und der kriminellen Energie von Rechtsextremisten, die zur Umsetzung ihrer Bestrebungen vor nichts zurückschrecken. Rechtsextremismus muss daher mit allen, in einer freiheitlichen Demokratie zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft werden. Es darf keine Verharmlosung oder ein Wegschauen geben. Rechtsextremismus will die Grundlagen des friedlichen Zusammenlebens in unserer Gesellschafts- und Rechtsordnung zerstören. Er richtet sich gegen alle Werte und Normen einer zivilisierten Gesellschaft. Er negiert die universelle Geltung der Menschenrechte und die im Grundgesetz konkretisierte fundamentale Gleichheit der Menschen. Das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbetonung ethnischer Zugehörigkeit, aus der Fremdenfeindlichkeit und Hass gegen andere resultiert.

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gehen Hand in Hand. Der Landtag warnt daher davor, Vorurteile gegen Menschen anderer Herkunft in der politischen Auseinandersetzung zu instrumentalisieren oder Fremdenfeindlichkeit zu hofieren, indem den Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund einseitig Integrationspflichten auferlegt werden. Wer die unstrittig gesellschaftlich notwendige und wichtige Aufgabe der Integration einseitig Migrantinnen und Migranten als Versäumnis zuschreibt und nur ihnen die Verantwortung hierfür auferlegt, nur fordert und nicht fördert, und diese Aufgabe nicht gleichermaßen auf Deutsche und auf Migrantinnen und Migranten verteilt, spielt letzten Endes dem Rechtsextremismus und seiner menschenverachtenden Ideologie in die Hände.

Der Landtag registriert mit Sorge die Zahl der rechtsextremistischen Organisationen, Zusammenschlüsse und Subkulturen in Bayern. Er äußert seine Sorge darüber, dass nach den Feststellungen des Landesamts für Verfassungsschutz die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten angestiegen ist.

Von zentraler Bedeutung für die Bekämpfung des Rechtsextremismus sind präventive Programme im Bereich der Bildung und Aufklärung. Hierfür müssen ausreichende Mittel durch Bund und Länder bereitgestellt werden. Der Landtag spricht sich gegen die in den letzten Jahren vorgenommenen direkten und indirekten Kürzungen der Bundesprogramme zur Förderung von Vielfalt und Toleranz aus. Der Landtag erwartet von der Staatsregierung, dass ab dem kommenden Doppelhaushalt ausreichende Mittel zur Förderung von Initiativen, die geeignet sind, dem Rechtsextremismus den Nährboden zu entziehen, bereitgestellt werden.

Der Landtag spricht sich dafür aus, Aussteigerprogramme zu intensivieren und fortzuentwickeln. Wenn sich Menschen innerlich vom rechtsextremistischen Milieu entfernen, sind sie oft starkem Druck – bis hin zur offenen Repression – ausgesetzt. Die Unterstützung durch Aussteigerprogramme verhelfen diesen Menschen oftmals zum entscheidenden Schritt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Neben den unstrittig wichtigen präventiven Maßnahmen müssen auch repressive Mittel ergriffen werden, um rechtsextremistische Parteien einschließlich ihrer integrierten Vereinigungen zu verbieten. Rechtsextreme, Rassisten und verfassungsfeindliche Parteien haben in unserem demokratischen Bayern keinen Platz. Der Landtag fordert deswegen die Staatsregierung auf, ein neues NPD-Verbotsverfahren einzuleiten. Das Verbot neonazistischer Organisationen und Zusammenschlüsse ist nach den Regeln eines Vereinsverbots zu überprüfen.

Der Landtag dankt den vielen Bürgerinnen und Bürgern, die sich seit Jahren engagiert gegen Aktivitäten von Rechtsextremisten wenden. Er dankt den Initiativen und Gruppen im gesellschaftspolitischen, sportlichen und kirchlichen Bereich für ihre bisher geleistete Arbeit für Demokratie, Vielfalt und Toleranz. Diese wertvolle Arbeit von Demokratieinitiativen, Gewerkschaften, Kirchen oder Bürgervereinen bedarf der besonderen Würdigung durch die Gesellschaft und die Repräsentanten unseres demokratischen Staates. Die Einforderung einer Unterschrift unter eine so genannte „Demokratieerklärung“ als Voraussetzung für öffentliche Förderung – bei den Programmen der Bundesregierung „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“, „Initiative Demokratie stärken“, „Zusammenhalt durch Teilhabe“ – lehnt der Landtag strikt ab. Diese Voraussetzung ist in keinem anderen Förderverfahren üblich. Initiativen, die sich gegen Rechtsextremismus und für Vielfalt, Toleranz und Demokratie einsetzen, sind ein Gewinn für unsere Gesellschaft. Der Landtag wünscht sich von möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern, dass sie diese Arbeit aktiv unterstützen. Wenn nun gerade von diesen Initiativen verlangt wird, sie müssten vor einer Förderung mit öffentlichen Mitteln eine „Demokratieerklärung“ abgeben, so ist dies unangemessen. Damit wird Misstrauen gegen sie geschürt, sie werden diskreditiert und unter Generalverdacht gestellt.

In diesem Zusammenhang spricht sich der Landtag auch dafür aus, dass die Beobachtung der Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (A.i.d.a.) sowie der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) durch das Landesamt für Verfassungsschutz eingestellt und deren Erwähnung in den zukünftigen Verfassungsschutzberichten in Bayern unterbleibt. Aus den Verfassungsschutzberichten 2009 und 2010 sind beide unverzüglich zu streichen. Beide Organisationen engagieren sich seit langem in vorbildlicher Weise gegen rechtsextremistisches Gedankengut und betreiben hervorragende Aufklärungsarbeit. So lieferte A.i.d.a. in den letzten Monaten Hinweise über Immobiliengeschäfte, Veranstaltungen und mögliche Verletzung von Bewährungsauflagen verurteilter Rechtsterroristen, die von den Sicherheitsbehörden nicht beigebracht werden konnten.

Zusammenfassend bekräftigt der Landtag, dass die vorhandenen Konzepte gegen Rechtsextremismus – im präventiven wie im repressiven Bereich – verstärkt und weiterentwickelt werden müssen. Insbesondere die Aufklärungs- und Bildungsarbeit gegen rechtsextremistische Ideologien ist auszuweiten und stärker zu fördern als in der Vergangenheit. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus und seiner schändlichen Gewalttaten muss das Topthema bayerischer Sicherheitspolitik werden. Denn die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

II.

Vor dem Hintergrund der Morde und Gewaltverbrechen der als „nationalsozialistischer Untergrund“ bezeichneten Terrorgruppe wird die Staatsregierung aufgefordert, umfassend im Landtag zu berichten.

Gegenstand des Berichts sollen der Erkenntnisstand über die in Bayern begangenen fünf Morde, mögliche weitere in Bayern begangene Taten, die mutmaßlichen Täter, deren Hintergründe, mögliche Helfer und Helfershelfer, die Tatbegehung und die Ermittlungen der zuständigen Behörde sein.

In ihrem Bericht soll die Staatsregierung dabei insbesondere auf folgende Fragenkomplexe eingehen:

Ermittlungen zur Aufklärung der fünf Morde in Bayern:

- Wie erklärt sich die Staatsregierung, dass es in keiner der Ermittlungen in Bayern zu einer sog. „heißen Spur“ gekommen ist? Gab es auch „Ermittlungspannen“ in Bayern?
- Welches Tatmotiv wurde den Morden zugrunde gelegt? Wurde auch ein von Fremden- bzw. Ausländerfeindlichkeit getragenes Motiv zugrunde gelegt? Wenn ja, wie lange wurde in diese Richtung ermittelt und warum und wann hörte dies auf?
- Gab es im Laufe der Ermittlungen Anhaltspunkte, dass Rechtsextremisten die Morde verübt haben? Wurde in Richtung rechtsextremistische Szene ermittelt?
- Wusste die mit den Ermittlungen in den in Bayern verübten fünf Morden betraute Sonderkommission (SoKo) „Bosporus“, etwas von den Ermittlungen in Thüringen gegen die sog. Bombenleger von Jena U. B., U. M. und B. Z., die seit 1998 untergetaucht waren?
- Fand eine Zusammenarbeit der SoKo „Bosporus“ mit Behörden des Bundes und, oder Behörden anderer Bundesländer, in denen die weiteren Morde an den Kleingewerbetreibenden verübt wurden, statt und wenn ja, mit welchen Behörden und wie gestaltete sich die Zusammenarbeit?
- Warum ermittelte die Bundesanwaltschaft nicht in den in Bayern verübten Morden? Wurde die Übernahme durch die Bundesanwaltschaft durch die bayerische Ermittlungsbehörde abgelehnt – und wenn ja, mit welcher Begründung?

Rolle des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV):

- Lagen dem LfV Informationen über einen möglichen rechtsextremistischen Hintergrund der Morde in Bayern und in den anderen Bundesländern vor und gab das LfV diese Informationen an die Ermittlungsbehörde weiter?

– Gab es zum Zeitpunkt der Ermittlungen eine Zusammenarbeit des LfV mit Behörden des Bundes und, oder den Behörden in den anderen Ländern, in denen die vier weiteren Morde stattfanden? Wenn ja, mit welchen Behörden und welche Informationen gab das LfV an wen weiter bzw. erhielt es von den anderen Behörden?

– Wusste das LfV, dass der Verfassungsschutz in Thüringen den „Thüringer Heimatschutz“ (THS), seit seinem Auftreten 1997 bis zu dem Zeitpunkt, in dem 2002 keine Aktivitäten mehr festgestellt wurden, beobachtete? Lagen dem LfV selbst Informationen über den THS vor? Gab es einen Informationsaustausch der Verfassungsschutzämter (Landesämter für Verfassungsschutz, Bundesamt für Verfassungsschutz) über diese rechtsextremistische Organisation und auch über weitere Kameradschaften in Thüringen und anderswo? Sind dem LfV Verbindungen des THS mit Kameradschaften und Netzwerken in Bayern bekannt?

– Wie weit liegen dem Verfassungsschutz Informationen darüber vor, in welchen Umfang Aufbau und Organisation rechtsextremistischer Gruppen und Parteien in Thüringen und anderen neuen Bundesländern durch Rechtsextremisten aus Bayern vorgenommen oder unterstützt wurde? Sind dabei auch Informationen über die handelnden Personen bekannt?

V-Leute des Landesamts für Verfassungsschutz:

– Wie viele V-Leute werden im LfV geführt und wie viele berichten über die rechtsextremistische Szene, wie viele über die linksextremistische?

– Wird daran gedacht, nachdem V-Leute des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz offensichtlich keine Hinweise zu den mutmaßlich von der NSU verübten Morden und den weiteren schweren, dieser terroristischen Vereinigung zu Last gelegten Verbrechen gegeben haben, dass das LfV bei der Erfüllung seiner Aufgaben zukünftig auf V-Leute verzichtet?

Konsequenzen für die Zukunft:

– Welche Konsequenzen werden aus den Vorkommnissen im Hinblick auf die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Bayern gezogen? Ist die Tätigkeit der Sicherheitsbehörden und des LfV neu „auszurichten“? Muss die Sicherheitsarchitektur in Bayern oder sogar in ganz Deutschland „umgebaut“ werden? Soll es eine Konzentration im Bereich des Verfassungsschutzes geben? Gibt und gab es strukturelle Defizite innerhalb der Sicherheitsbehörden? Gibt es Anweisungen an das LfV, auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder?

– Wie kann die Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaften in den Ländern untereinander verbessert werden?

– Wie steht die Staatsregierung rückblickend zu der Aussage im Verfassungsschutzbericht 2010, dass rechtsextremistische Gewalttäter in der Regel nicht aufgrund einer strategischen Zielsetzung gewalttätig werden, sondern spontan, in der Gruppe? Welche Konsequenzen werden für die Verfassungsschutzberichte in Bayern gezogen? Wie kann das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Sicherheitsapparat wiederhergestellt werden

Anträge wieder getrennt. Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 16/10401 abstimmen. Hierzu wurde während der Aussprache ein Änderungsantrag gestellt. Ich gehe davon aus, dass über den Antrag nur noch in der beantragten geänderten Fassung entschieden werden soll. - Kein Widerspruch. Ich lasse so abstimmen. Vorher verlese ich die Änderung im zweiten Absatz. Er soll neu formuliert heißen: "Ziel muss es sein, dass für möglichst viele der betroffenen hoch qualifizierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern konkrete und dauerhafte Alternativarbeitsplätze geschaffen werden." Wer dem Dringlichkeitsantrag in der geänderten Fassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNEN und Frau Abgeordnete Dr. Gabriele Pauli (fraktionslos). Gegenstimmen? - Das sind die Fraktionen der CSU und der FDP. Stimmenthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun lasse ich über den Dringlichkeitsantrag der FDP und der CSU auf Drucksache 16/10422 abstimmen. Dazu wurde namentliche Abstimmung beantragt. Gibt es Widerspruch, die Abstimmung in drei Minuten durchzuführen? - Ich sehe keine Widerrede. Die namentliche Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17.39 bis 17.44 Uhr)

Meine Damen und Herren, jetzt sind es doch fünf Minuten geworden. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird draußen ermittelt und später bekannt gegeben. Ich bitte Sie, die Plätze wieder einzunehmen. Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/10402 bis 16/10407 sowie auf den Drucksachen 16/10423 und 16/10424 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. - Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer:

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**11115**
26.01.2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 16/**10404**

Gemeinsames Vorgehen gegen Rechtsextremismus

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Ritter**
Mitberichterstatter: **Dr. Manfred Weiß**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 58. Sitzung am 30. November 2011 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 67. Sitzung am 26. Januar 2012 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
   CSU: Ablehnung
   SPD: Zustimmung
   FREIE WÄHLER: Ablehnung
   B90/GRÜ: Zustimmung
   FDP: Ablehnung
   Ablehnung empfohlen.

Joachim Hanisch
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**11383**
14.02.2012

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein, Helga Schmitt-Bussinger, Franz Schindler, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Franz Maget, Reinhold Perlak, Harald Schneider, Stefan Schuster** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/**10404**, 16/**11115**

Gemeinsames Vorgehen gegen Rechtsextremismus

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde
Abg. Dr. Christoph Rabenstein
Abg. Dr. Manfred Weiß
Abg. Bernhard Pohl
Abg. Dr. Sepp Dürr
Abg. Dr. Andreas Fischer
Staatsminister Joachim Herrmann

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich rufe Tagesordnungspunkt 17 auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Dr. Christoph Rabenstein u. a. und Fraktion (SPD)
Gemeinsames Vorgehen gegen Rechtsextremismus (Drs. 16/10404)

Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Dr. Christoph Rabenstein für die SPD-Fraktion.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst eine Vorbemerkung: Es ist wirklich schade, dass wir erst um 22 Uhr zu diesem doch wichtigen Thema kommen, zu einem Zeitpunkt, wo jeder froh ist, wenn die Sitzung zu Ende ist. Auf der anderen Seite ist das, glaube ich, ein so brisantes Thema, dass man es nicht einfach von der Tagesordnung entfernen sollte. Entsprechende Überlegungen hat es ja bereits gegeben.

Ich möchte dazu etwas aus eigenem Erleben sagen. Ich habe in der vergangenen Woche an der Universität in Bayreuth einen Vortrag über Neonazis in Oberfranken gehalten. Was mich doch etwas erschüttert und verwundert hat, waren zwei Tatsachen, die mich auch innerlich berührt haben.

(Anhaltende Unruhe)

Das eine war die Tatsache, dass zu dieser Veranstaltung ein Dutzend Neonazis, die sich auch dazu bekannt haben, gekommen sind. Sie haben sich zwar recht ruhig verhalten, aber doch öffentlich gemacht, dass sie hier in großer Zahl angetreten waren - junge Menschen, die sich dann in die letzte Reihe gesetzt haben.

Das Zweite, was mir eigentlich mehr an die Nieren gegangen ist, war die Tatsache, dass dann im Internet beim Freien Netz Süd diese Veranstaltung und mein Vortrag hämisch kommentiert wurden und ich auch mit Bildern im Internet verewigt worden bin. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es gibt schon Anlass zum Nachdenken, wenn man da mehr oder weniger den Eindruck hat - man hat sich ja auf der Liste gefunden

-, dass man zum Abschuss freigegeben wird. Ich bin sonst nicht so empfindlich und lasse mich auch nicht so leicht einschüchtern, aber das geht einem schon nahe.

Das möchte ich als Vorbemerkung hier in diesem Rahmen sagen. Damit ist schon meine halbe Redezeit abgelaufen.

Ich glaube, dass wir insgesamt in Bayern schon einiges tun, aber zu wenig, insgesamt noch zu wenig. Wir haben auch hier schwere Fehler in der Bekämpfung des Rechtsextremismus und in der Aufklärung gemacht. Wir fordern hier als Sozialdemokraten, so wie es auch der ehemalige Chef des Verfassungsschutzes in der "SZ" gefordert hat, dass eine schonungslose Aufklärung auch im Landtag erfolgen muss, dass wir die Strukturen verbessern und dass wir vor allem eine höhere Transparenz, wie es auch Geiger genannt hat, und eine stärkere, intensivere und effizientere Kontrolle der Geheimdienste brauchen, hier vor Ort und natürlich auch in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, so etwas, was sich in Thüringen abgespielt, aber auch Bayern berührt hat, darf sich nicht wiederholen.

(Beifall bei der SPD)

Dass das natürlich nur ein erster Schritt sein kann, ist klar. Mir ist vor allem wichtig, dass wir gemeinsam gegen den Rechtsextremismus vorgehen. Wir haben in unserem Antrag auch viele Möglichkeiten genannt, wie wir das bewerkstelligen können.

Wir brauchen ein NPD-Verbot, und zwar möglichst bald. Herr Innenminister Herrmann, setzen Sie sich wirklich dafür ein, dass unser Antrag umgesetzt wird. Es ist aus verschiedenen Gründen höchste Zeit, dass die NPD verboten wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir können es nicht zulassen, dass wir die Gegner der Demokratie noch finanzieren und dass wir rechte Aufmärsche, Versammlungen und Parteitage dulden müssen. Wir

müssen hier auch die Kommunen unterstützen, und da würde natürlich ein NPD-Verbot sehr viel bewirken.

Aber - auch das möchte ich zum Schluss noch sagen - machen wir uns nichts vor. Auch ein NPD-Verbot löst natürlich das Problem Rechtsradikalismus und rechtes Gedankengut nicht. Deshalb müssen wir auch bürgerliches Engagement gegen Rechts massiv unterstützen, auch vom Landtag aus.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen präventive Programme im Bereich der Bildung fördern. Das muss uns das Geld wert sein. Und wir müssen vor allem Gruppen unterstützen, die die rechten Gruppierungen überwachen. Diese Gruppen haben es nicht immer leicht. Deswegen kann ich nach wie vor nicht verstehen, wenn zum Beispiel eine Gruppe wie Aida im Verfassungsschutzbericht erwähnt und immer noch mehr oder weniger bekämpft wird, statt sie zu unterstützen und ihnen zu sagen, dass sie die richtige Arbeit machen.

(Beifall bei der SPD)

Aber noch einmal: Das ist, glaube ich, ein Thema, bei dem wir als Demokraten im Landtag zusammenwirken sollten, damit wir jedem in Bayern, aber auch in ganz Deutschland klarmachen: Hier in Bayern, aber auch in Deutschland insgesamt hat rechtes Gedankengut überhaupt nichts mehr verloren.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. Als nächsten Redner darf ich für die CSU-Fraktion Herrn Manfred Weiß zum Mikrofon bitten.

Dr. Manfred Weiß (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Der Kollege Rabenstein hat bedauert, dass dieses Thema zu so später Stunde beraten wird. Ich muss sagen, ich wundere mich über Sie: Was versprechen Sie sich davon, dass Sie diesen Antrag, der

im Innenausschuss aus guten Gründen abgelehnt wurde, jetzt im Plenum hochziehen?

(Beifall bei der FDP)

Es wird über diese schlimmen Vorfälle regelmäßig berichtet. Das Parlamentarische Kontrollgremium hält dazu regelmäßig Sitzungen. Auch heute haben wir darüber gesprochen. Der Innenminister hat zugesagt, am 7. März im Innenausschuss einen Zwischenbericht zu geben. Das Parlamentarische Kontrollgremium hat bereits festgelegt, dass es in der Woche danach zu einer weiteren Sitzung zusammenkommt, falls irgendwelche Punkte wegen Geheimhaltung im Innenausschuss nicht angesprochen werden können.

Es wird also bereits umfassend geklärt. Man sollte auch darauf hinweisen, dass wir bei den Beratungen im Innenausschuss, in denen wir Ihren Antrag abgelehnt haben, einem Antrag der GRÜNEN auf umfassende Berichterstattung zugestimmt haben. Wir haben ihm zugestimmt, weil es ein sachlicher Antrag war. Es sind zwar einige Fragen dabei, die das Innenministerium wohl nicht beantworten kann. Das kann das Ministerium dann sagen. Aber es war ein sachlicher Antrag, und dem haben wir alle zugestimmt.

Warum haben wir den Antrag der SPD abgelehnt? Weil nach der Wortwahl in Ihrem Antrag eindeutig war, dass es Ihnen nicht um eine gemeinsame Aufgabe gegangen ist, sondern nur um Spalten, um Provozieren und um Diffamieren.

(Beifall bei der FDP)

In Ihrem Antrag "Gemeinsames Vorgehen gegen Rechtsextremismus" bringen Sie Vorwürfe im Bereich der Integration ausländischer Mitbürger. Was haben solche Vorwürfe mit diesem Antrag zu tun? Sie üben Kritik am Bund wegen der Kürzung von Fördermitteln. Was hat das mit der gemeinsamen Aufklärung zu tun? Sie kritisieren, dass öffentliche Förderung davon abhängig ist, dass die Institutionen, die gefördert werden

sollen, eine Demokratieerklärung abgeben. Was hat denn das mit dieser Aufklärung zu tun? Und dann fordern Sie - das haben Sie noch einmal gesagt -, dass bei eindeutig linksextremistischen Gruppierungen wie Aida die Beobachtung durch den Verfassungsschutz eingestellt wird,

(Zuruf von der CSU: Pfui!)

obwohl das Bayerische Verwaltungsgericht eindeutig festgestellt hat, dass Aida linksextremistisch ist. Sie fordern praktisch ein rechtswidriges Verhalten unserer Verfassungsschutzbehörden. Und das soll die Grundlage für ein gemeinsames Vorgehen gegen den Rechtsextremismus sein?

Ich muss deutlich sagen: Die Fragen, die Sie gestellt haben, werden wohl alle in dem Zusammenhang in nächster Zeit geklärt werden. Aber wir gehen Ihnen nicht auf den Leim. Sie dürfen uns nicht alles Mögliche unterjubeln, mit Beschimpfungen kommen und alle abgelehnten Forderungen der letzten Monate und Jahre erneut vorbringen und dann glauben, wir könnten gemeinsame Lösungen verabschieden.

Ich sage eindeutig: Wir werden die Sache eingehend klären, aber nicht aufgrund dieses Vorbringens, das keine gemeinsame Arbeit möglich macht, sondern nur dazu da ist, zu trennen, zu provozieren und uns zu spalten. Wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Für die FREIEN WÄHLER hat nun Herr Kollege Bernhard Pohl das Wort.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stimme dem Kollegen Rabenstein zu, dass es Aufgabe der Gesellschaft aller Demokraten ist, geschlossen gegen Extremismus in unserem Staat und in unserer Gesellschaft vorzugehen. Vielleicht ist das sogar die wichtigste Aufgabe, die diese Gesellschaft hat.

Es kann nicht sein Bewenden damit haben, dass wir uns in Gedenkstunden erinnern, welch schreckliche Morde hier in Bayern passiert sind. Wir müssen weitergehen. Wir müssen in unserem Rahmen die Möglichkeiten ausschöpfen, Ermittlungsbehörden zu kontrollieren. Wir müssen unsere Aufgabe als Parlamentarier wahrnehmen.

Deswegen haben wir den Antrag der GRÜNEN, auch den Antrag auf einen Zwischenbericht, unterstützt, den die Mehrheit im Ausschuss leider abgelehnt hat. Aber Herr Staatsminister Herrmann hat etwas weiter gedacht. Er hat gesagt: Egal, was die Ausschussmehrheit sagt, ich erstatte am 7. März Bericht. Ich finde, das ist ein gutes und richtiges Zeichen.

Dem Antrag, den Sie hier heute vorgelegt haben, können wir nicht zustimmen. Sie wissen auch, warum. Hätten Sie den Passus mit Aida und VVN weggelassen, hätten wir dem Antrag sicherlich zugestimmt, auch wenn er in Teilen eine Wiederholung dessen ist, was die GRÜNEN schon beantragt hatten.

Aber wenn Sie ein gemeinsames Vorgehen aller Demokraten wollen und dann in Ihren Antrag eine Generalamnestie für linksradikale Gruppierungen wie VVN und Aida hineinmengen, dann ist das nicht zustimmungsfähig.

(Harald Güller (SPD): Als Mitglied der VVN verwahre ich mich dagegen!)

- Herr Kollege Güller, ich muss Ihnen sagen, dass es bis vor Kurzem einen Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD gegeben hat, wonach ein Mitglied der SPD nicht Mitglied in der VVN sein konnte. Den Unvereinbarkeitsbeschluss hat es, wie ich meine, bis 2010 gegeben. Das wird auch in der SPD seine Gründe gehabt haben. Beide Gruppierungen bekämpfen die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Beide Gruppierungen stehen für linkes Gedankengut.

Ich habe es im Ausschuss schon gesagt: Ich habe mich der Diskussion mit VVN gestellt, Herr Kollege Güller. Ich habe die Frage gestellt - Sie waren dabei -: Wie grenzen Sie sich von Linksextremismus ab? Die Antwort war Gelächter.

Deswegen, Kolleginnen und Kollegen, kämpfen wir gemeinsam gegen Extremismus, aber bitte schön nicht, indem wir die eine Seite gegen die andere ausspielen. Links- und Rechtsextremismus sind Gefahren für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Diese Gefahren haben wir als Parlamentarier zu bekämpfen.

Aus diesem Grund müssen wir Ihren Antrag ablehnen. Denn Sie wollen mit Ihrem gut gemeinten Antrag leider Gottes Aida und VVN amnestieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Dr. Fahn und Fraktion der FREIEN WÄHLER, betreffend "Bericht über das Kreditengagement der Bayerischen Landesbank für das finnische Atomkraftwerk Olkiluoto Block 3", Drucksache 16/8258, bekannt. Mit Ja haben 62, mit Nein 78 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Wir fahren in der Debatte fort. Als Nächster hat das Wort Dr. Sepp Dürr von den GRÜNEN:

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wer erwartet hatte, dass die Neonazis nach Bekanntwerden der rechtsextremen Mordserie erst einmal stillhalten und aus taktischen Gründen auf Abstand gehen, sieht sich getäuscht. Mit einer neuen Welle von Gewalttaten, Veranstaltungen und Aufmärschen in unseren Städten und Dörfern zeigen sie, dass sie sich ermutigt fühlen. Reihenweise werden Autos durch Neonazis demoliert, Häuserfassaden mit Hakenkreuzen beschmiert und Personen zusammengeschlagen, die den Rechtsextremen nicht passen.

Rotzfrech missachten Rechtsextreme Kontaktverbote. Rotzfrech melden sie an sensiblen Orten Kundgebungen an. Rotzfrech spielen sie beim Aufmarsch in München die Erkennungsmelodie der Terrorgruppe.

Deshalb entsteht in der Öffentlichkeit der Eindruck, als hätten die Mordserie und die Ahnungslosigkeit und offenbare Hilflosigkeit der Behörden die Neonazis in Bayern erst angestachelt, richtig loszulegen. Diesem Eindruck müssen die Behörden in Bayern schleunigst und entschlossen entgegentreten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist höchste Zeit, das staatliche Gewaltmonopol gegen rechtsextreme Täter durchzusetzen. Es ist höchste Zeit, dass der Staat seiner Bevölkerung demonstriert, dass er willens und fähig ist, sie vor diesen Tätern zu schützen. Das muss für alle gelten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nicht zuletzt muss der Staat diejenigen schützen und unterstützen, die sich den Rechtsextremen in den Weg stellen, wenn Verbote nicht reichen und der Staat hilflos ist. Diese engagierten Personen brauchen wir. Wir müssen sie fördern und unterstützen, statt sie zu behindern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben es mit einer tiefen Vertrauenskrise zu tun. Angesichts des immer dreisteren Auftretens Rechtsextremer ist es deswegen völlig unverantwortlich, wenn Innenminister Herrmann immer noch glaubt, so weitermachen zu können wie vor Bekanntwerden der Mordserie. Dass die fünf Morde in Bayern jahrelang nicht aufgeklärt werden konnten, ist ein Debakel für die innere Sicherheit in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber auch bei den übrigen rechtsextremen Straftaten werden die Täter meist nicht ermittelt. Nur selten kommt es zu Verurteilungen. Deswegen muss die Staatsregierung ihre Anstrengungen hier deutlich intensivieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern deshalb den Innenminister auf, erstens die Gefahren des Rechtsextremismus endlich ernst zu nehmen. Wir fordern mehr Aufmerksamkeit für rechtsextreme Gewalttaten und entschlossenes Handeln von Polizei und Staatsanwaltschaft. Die Aus- und Weiterbildung im Hinblick auf das Identifizieren und Erfassen sowie die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Aktivitäten müssen verstärkt werden.

Des Weiteren muss der Repressionsdruck erhöht werden. Die einzelnen Täter müssen aus ihrer Anonymität geholt werden. Der Kontrolldruck muss erhöht werden. Kontaktverbote müssen endlich konsequent durchgesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist blamabel für den Staat, wenn ein Polizeisprecher laut "Süddeutscher Zeitung" die Kontrolle des Kontaktverbots "sehr schwierig" nennt und ergänzend sagt, möglicherweise seien die Nazigegner von Aida an den Rechtsextremisten näher dran.Sprich - schreibt die "Süddeutsche" -: Sie kennen sie besser als die Polizei. - Das ist eine Blamage, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Drittens verlangen wir, dass Sie die Fahndung nach den untergetauchten Rechtsextremen endlich intensivieren.

Viertens verlangen wir, dass Sie intensiv ermitteln. Möglicherweise wäre es zu den Anschlägen auf bekannte Neonazi-Gegner in den letzten Wochen nicht gekommen, wenn man im Jahr 2009 energischer versucht hätte, die Urheber der Drohschreiben zu ermitteln. Da haben Sie versagt, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünftens müssen Sie die Neonazis entwaffnen und ihnen nach Bremer Vorbild legale Waffen entziehen.

Sechstens müssen Sie die Bedrohten schützen und sich öffentlich mit ihnen solidarisieren. Eine Entschuldigung bei den Opfern und den Angehörigen ist überfällig. Das haben Sie immer noch nicht getan, Herr Minister.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir erwarten, dass Sie den Betroffenen Hilfe leisten und endlich umfassend über die Gefahren durch und die Aktivitäten von Rechtsextremen öffentlich aufklären und nicht im Parlamentarischen Kontrollgremium. Die Bevölkerung ist verunsichert, die Bevölkerung hat Interesse daran.

(Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

Das ist wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist kläglich, wenn sich der Innenminister immer hinter dem Generalbundesanwalt versteckt und seine Hände in den Schoß legt. Die Menschen in Bayern erwarten, Herr Minister, dass Sie endlich konsequent aufklären und handeln.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Kollege. - Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Dr. Andreas Fischer. Bitte schön.

Dr. Andreas Fischer (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Kollege Rabenstein, Sie haben gesagt, wir machten zu wenig gegen den Rechtsextremismus. Ich ergänze: Wir machen zu wenig gemeinsam. Sie haben Ihren Antrag überschrieben: "Gemeinsames Vorgehen gegen Rechtsextremismus". Wenn Ihnen aber ernsthaft an einem gemeinsamen Vorgehen gelegen hätte, dann hätten Sie zumindest die Passage weggelassen, die sich mit Aida und VVN befasst. Dann hätten Sie in Ihrem Antrag darauf verzichtet, Linksextremisten zu loben, wenn es darum geht, den Rechtsextre-

mismus zu bekämpfen. Das eine hat mit dem anderen nämlich überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Ich werfe Ihnen vor, dass Sie an einem gemeinsamen Vorgehen überhaupt nicht interessiert sind, hier politisch ein Süppchen am Kochen halten wollen und auf dem linken Auge eine Augenklappe tragen, obwohl man als guter Demokrat auf beiden Augen sehr scharfsichtig sein sollte.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf von den GRÜNEN)

Als überzeugter Demokrat bin ich der Auffassung, dass jede Form von Extremismus bekämpft und Verbrechen, wie sie hier passiert sind, lückenlos aufgeklärt werden müssen. Wir sollten aber all das gemeinsam tun. Die Chance dazu haben Sie vertan.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zurufe von der SPD)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Als letztem Redner in der Debatte darf ich Herrn Staatsminister Joachim Herrmann das Wort geben. - Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will angesichts der fortgeschrittenen Zeit nicht in größerem Ausmaß auf die anstehenden Themen eingehen, denn ich werde am 7. März dem Kommunal- und Innenausschuss ausführlich über den derzeitigen Stand der Ermittlungen berichten. Ich bin der Meinung - das will ich an dieser Stelle angesichts dieses ziemlich überflüssigen und zum Teil schäbigen Antrags noch einmal deutlich machen -: Zuerst muss sorgfältig ermittelt werden. Wenn uns die Ermittlungsergebnisse vorliegen, dann können wir darüber sprechen, ob es irgendwelche Defizite gegeben hat, ob bestimmte Konsequenzen gezogen werden müssen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

Über Konsequenzen schon zu diskutieren, noch bevor man genau weiß, was geschehen ist, ist aus meiner Sicht nicht besonders hilfreich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich kann Ihnen nur sagen: Ich habe nichts zu verbergen. Alles, was wir wissen, werden wir auf den Tisch legen.

Wir haben jetzt in Berlin einen Untersuchungsausschuss und zusätzlich eine Expertenkommission, die auch mit meiner Unterstützung eingerichtet wird. Wir werden mit diesen Gremien natürlich bestmöglich zusammenarbeiten. Den Kollegen aus Berlin, die schon angerufen haben, habe ich gesagt: Wir haben bei der Soko Bosporus in Nürnberg 1.200 Aktenordner stehen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das Sie das noch sagen!)

Die stehen dem Untersuchungsausschuss selbstverständlich auch zur Verfügung. Ich bin gespannt, ob Mitglieder des Untersuchungsausschusses die 1.200 Ordner durchlesen werden. Es ist doch nicht so, dass nicht gearbeitet worden wäre und die Kripo über Jahre hinweg geschlafen hätte. Ich bedauere mehr als jeder andere, dass es keinen Erfolg gegeben hat. Das war alles vor meiner Amtszeit. Ich bedauere das trotzdem zutiefst; das ist gar keine Frage. Wir müssen schauen, was wir daraus lernen können und ob es irgendwelche Pannen gegeben hat. Bislang kann ich bei den bayerischen Ermittlungsbehörden keine erkennen.

Ich darf ausdrücklich darauf hinweisen, dass mir zum Beispiel mein baden-württembergischer Kollege Gall hinsichtlich des Polizistenmordes in Heilbronn genau das Gleiche sagt. Er ist seit einem halben Jahr im Amt. Auch er trägt keine politische Verantwortung für das, was damals geschehen ist. Er sagt ebenso klar: Nach dem, was das Landeskriminalamt Baden-Württemberg in Heinbronn ermittelt hat und was die über die Jahre herauszubekommen versucht haben, kann er aus heutiger Sicht seinen Mit-

arbeitern, die damals daran gearbeitet haben, keinen Vorwurf machen für das, was sie bis dato leider ergebnislos ermittelt haben.

Wir schauen uns das alles ganz genau an. Ich sage Ihnen eines - ich nenne nur ein Beispiel, das Thema Heilbronn; ich nehme jetzt bewusst nicht das Beispiel der bayerischen Ermittlungen -:

(Christine Stahl (GRÜNE): Wie immer!)

Vor Weihnachten vermutet der BKA-Präsident, den ich sehr schätze, weil die in Heilbronn ermordete Polizeibeamtin aus Thüringen stammt und ein Teil der Täter aus dem Nachbardorf, offensichtlich einen Zusammenhang. Nach sieben Tagen erklärt das Bundeskriminalamt, dass nach dem derzeitigen Ermittlungsstand zwischen der Herkunft der Polizeibeamtin und den Tätern ein Zusammenhang auszuschließen sei. Ich berichte Ihnen am 7. März, was wir im Moment wissen. Aber ich sage das unter Vorbehalt. Ich kann Ihnen nur sagen, was nach den Feststellungen des Bundeskriminalamts im Moment Ermittlungsstand ist. Ich weigere mich, in einer solchen Situation eine politische Bewertung vorzunehmen, wer wann was hätte wissen sollen, wenn selbst mitten in den Ermittlungen noch so unterschiedliche Einschätzungen vorkommen können. Das ergibt keinen Sinn. In einer solchen Situation politische Bewertungen vorzunehmen und Konsequenzen zu ziehen, ergibt erst recht keinen Sinn.

Es gibt nichts, was in irgendeiner Weise vor dem Bayerischen Landtag verborgen oder verschwiegen wird. Zuerst müssen aber noch das Bundeskriminalamt und der Generalbundesanwalt ihre Ermittlungen abschließen. Nach wie vor beschäftigt mich die Frage, ob es Hintermänner oder Mittäter oder Mitwisser gab und wie diese zu den Tatorten in Nürnberg, München usw. kamen. Erst wenn ein Ermittlungsergebnis auf dem Tisch liegt und wir wissen, was wann war, einschließlich aller bayerischen Tatorte, können wir uns darüber unterhalten, was man hätte verhindern können, ob man anders hätte ermitteln müssen, was der Verfassungsschutz hätte machen müssen usw.

Ich kann Ihnen das heute noch nicht sagen. Ich kann heute auch keinen Persilschein für irgendjemanden ausstellen. Es gibt aber auch überhaupt keinen Grund, schon heute irgendjemand Vorwürfe zu machen. Keiner von uns weiß, was bei den fünf bayerischen Geschehen, diesen schrecklichen Morden, genau los war, warum es genau diese Opfer waren, wie sie überhaupt ausgewählt wurden, warum es genau an den Tatorten war und dergleichen.

Nach wie vor gilt, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen: Da wird restlos und lückenlos ermittelt. Alles muss auf den Tisch. Dann können wir uns in Ruhe darüber unterhalten, wie wir in Zukunft so etwas womöglich politisch verhindern können. 100-prozentige Sicherheit kann es leider nie geben. Wir müssen gemeinsam aber alles dafür tun, und wir müssen den Rechtsextremismus natürlich auch politisch bestmöglich bekämpfen. Das eine ist die Arbeit der Sicherheitsbehörden, und das andere ist die politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Ich bitte um größtmögliche Gemeinsamkeit, das ist gar keine Frage. Da gibt es offensichtlich Unterschiede in der Bewertung von Linksextremismus. Aber wenn wir uns beim Rechtsextremismus einig sind, dann freut es mich.

Sie sollten sich es nicht zu leicht machen, Herr Dr. Dürr, indem Sie sagen, man müsse die Leute aus der Anonymität holen. Das ist einerseits richtig; ich versuche, Sie da richtig zu verstehen. Wenn Sie aber gerade aktuell beobachten, was in der rechtsextremistischen Szene los ist:So einer wie Martin Wiese und so einer wie Bordin gefallen sich doch in der öffentlichen Wahrnehmung, die jetzt stärker denn je ist. Sie finden es herrlich, dass jetzt jede Woche etwas über sie in der Zeitung steht. Die finden das ganz toll. Wir können uns hier schon einig darüber sein, dass wir sie aus der Anonymität holen, aber sie selber finden das ganz toll, und das erschreckt mich an der Entwicklung am meisten.

Ich habe im November die vielleicht laienhafte Erwartung gehabt: Wenn jetzt in der Öffentlichkeit von Morden die Rede ist, wenn darüber berichtet wird, was Grässliches geschehen ist, gehen zumindest die Mitläufer aus der rechtsradikalen Szene auf Distanz

und sagen: Mit Morden will ich nichts zu tun haben. Vielleicht gibt es ein paar, die so reagiert haben, aber leider nehmen wir in der Öffentlichkeit im Moment eine andere Stimmung stärker wahr, dass nämlich skandalöserweise eher die Solidarisierung im Rechtsextremistischen gewachsen ist, dass die Neonazis jetzt noch dreister auftreten, dass sie ihre Aktivitäten verstärken, dass sie verstärkt in der Öffentlichkeit wahrzunehmen sind.

Auch ich hätte das in der Tat nicht so erwartet. Das muss uns herausfordern, damit müssen wir uns auseinandersetzen, das darf sich diese demokratische Gesellschaft nicht gefallen lassen, meine Damen und Herren. Hierin liegt die politische Herausforderung an uns gemeinsam. Das werden wir aber nicht vernünftig bewältigen, indem wir uns ständig irgendwelche Dinge an den Kopf werfen, sondern nur, wenn wir in einer Gemeinsamkeit der Demokraten gegen diese Rechtsextremisten vorgehen. Das ist unser Auftrag, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, der FDP und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Minister. Einen Moment, bitte. Der Kollege Dürr, der jetzt das Wort erhält, macht noch eine Zwischenbemerkung. Bitte sehr.

Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Herr Minister, wir sind - das haben wir schon mehrfach ausgedrückt - natürlich der Überzeugung, dass wir gegen Rechtsextreme nur erfolgreich sein können, wenn wir tatsächlich konsequent und gemeinsam vorgehen. Deswegen erwarte ich auch von Ihnen - das ist nun einmal Ihr Teil der Aufgabe als Chef der Exekutive -, dass Sie das auch in Ihrem Bereich repressiv und konsequent machen.

"Aus der Anonymität herausholen" heißt natürlich nicht, dass Sie für diese Herren werben sollen; aber Ihre eigenen Polizisten sollten doch diese Personen kennen, damit sie auch sehen, wenn ein Kontaktverbot eben nicht beachtet wird, wenn Personen miteinander reden, die dies per Kontaktverbot nicht dürfen. Das ist der Punkt, an dem Ihre Polizistinnen und Polizisten offensichtlich noch Aufklärungsbedarf haben. Wenn

es darum geht, rechtsextremistische Taten zu erkennen und dann auch konsequent zu ermitteln, sehe ich ebenfalls Bedarf, Herr Minister. Auch insoweit sehe ich noch nicht, dass Sie konsequent genug vorgehen. Ansonsten bin ich sehr dafür, gemeinsam vorzugehen, jeder natürlich mit seinen Möglichkeiten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Herr Minister zur Erwiderung, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Lieber Herr Kollege Dürr, ich verspreche Ihnen: Wir ermitteln konsequent gegen jeden. Ich bin dafür, dass bei allen Straftaten, derer sie sich schuldig machen, die höchstmöglichen Strafen ausgesprochen werden. Aber ich sage Ihnen auch - ich habe das mit meinen Mitarbeitern besprochen, und auch Sie haben das vorhin zutreffend angesprochen -: Auch ich finde, es ist blanker Hohn, wenn dieses Lied von Paulchen Panther gespielt wird. Aber sie haben es wohlgemerkt ohne Text gespielt. Jetzt zeigen Sie mir einmal den Richter, der dafür, dass die Originalmelodie von Paulchen Panther ohne irgendeinen Text laut abgespielt wird, jemanden verurteilen will. Wir wissen alle, was damit gemeint ist. Es ist der blanke Hohn. Aber ich bitte auch um Verständnis dafür - ich nehme bewusst ein Beispiel, das Sie angesprochen haben -, dass wir an die Grenzen des Rechtsstaats stoßen. Damit wären wir nämlich im Bereich des Gesinnungsstrafrechts. - Wir wissen alle, was damit gemeint ist. Wir empfinden den Hohn, der herüberkommt. Aber dafür jemanden anzuklagen, werden wir mit unserer Rechtsprechung beim besten Willen nicht schaffen. Deshalb will ich auch für ein bisschen Verständnis werben.

Ich bin überall sehr hinterher, dass wir möglichst engagiert und scharf und intensiv jeden zur Verantwortung ziehen, der sich in diesem Bereich irgendeiner Ordnungswidrigkeit oder Straftat schuldig macht; aber wir müssen gleichzeitig erkennen, wo gewisse Grenzen bestehen. Das fängt schon bei der Demonstrationsfreiheit, bei der Meinungsfreiheit an, die das Bundesverfassungsgericht bei jedem, der nicht verboten ist, durchaus hochhält. Damit sind letztendlich die Grenzen erreicht.

Dennoch noch einmal meine herzliche Bitte: Wir brauchen die Gemeinsamkeit der Demokraten. Es ist unerträglich, was in dieser rechtsextremistischen Szene abläuft. Wir müssen deutlich machen, dass wir denen keinen weiteren Millimeter mehr Spielraum in unserer Gesellschaft geben wollen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU - Erwin Huber (CSU): Hört, hört!)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit empfiehlt auf Drucksache 16/11115 die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags. Wer dagegen dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte die Gegenstimmen anzuzeigen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der FDP und der FREIEN WÄHLER. Enthaltungen? - Es gibt 1 Enthaltung seitens der CSU. Kollege Freller enthält sich. Sonst gibt es keine weiteren Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.